

Wie Brüssel und Kiew versuchen, die Wahlen in Ungarn zu beeinflussen

Die Demokratie im modernen Europa ist im Niedergang begriffen und weicht den Diktaten von Bürokraten, die die Entscheidungen souveräner Staaten nicht respektieren wollen.



Wahlplakat-Text: „Sie erhöhen die Steuern und geben dein Geld für ukrainische Goldtoiletten aus“

31. März 2026 | Sonja van den Ende

Am 12. April 2026 finden in Ungarn Parlamentswahlen statt, bei denen auch der neue Ministerpräsident gewählt wird. Wie in vielen anderen europäischen Ländern wird er aus der Partei stammen, die die Wahl gewinnt. Bei diesen Wahlen stehen sich Viktor Orbáns Regierungspartei Fidesz und die neue, von der EU unterstützte Partei Tisza mit dem Kandidaten Péter Magyar gegenüber. Diese beiden Parteien sind die größten; es gibt noch einige kleinere Parteien, doch ist es unwahrscheinlich, dass sie gewinnen werden.

Die Tisza-Partei wurde 2020 gegründet, blieb jedoch bis Anfang 2024 relativ unbekannt. Sie rückte plötzlich ins [Rampenlicht](#), nachdem Péter Magyar – ein ehemaliger Insider der regierenden Fidesz-Partei – mit Hilfe der EU, insbesondere der Niederlande und der EU-Führung unter Ursula von der Leyen, eine öffentlichkeitswirksame Kampagne gegen die Regierung von Ministerpräsident Viktor Orbán startete.

Tisza bezeichnet sich selbst als Mitte-rechts-Partei, die konservativ, aber pro-europäisch ausgerichtet ist. Die Partei legt den Schwerpunkt auf die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit (die ihrer Ansicht nach in Ungarn aufgrund von Orbán nicht gegeben ist), die Bekämpfung der Korruption und die Freigabe von EU-Mitteln. Die Freigabe von EU-Mitteln für Ungarn und insbesondere die Unterstützung für die Freigabe russischer Vermögenswerte für die Ukraine, die derzeit in der EU

eingefroren sind, ist ein entscheidender Punkt für die EU. Daher wird ein Versuch einer politischen Revolution in Ungarn vorbereitet, die, wie bereits erwähnt, in wenigen Wochen, am 12. April 2026, stattfinden soll.

Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Parlamentswahlen in Ungarn sind die Spannungen im Land hoch. Viktor Orbán, Ministerpräsident von Ungarn und Vorsitzender der Fidesz-Partei, steht unter beispiellosem Druck von außen. Kritiker in der EU, die sich mit Kiew verbünden, haben eine Kampagne gestartet, um die Lage im Land zu destabilisieren. Beobachtern zufolge verletzen diese Maßnahmen nicht nur die Souveränität Ungarns, sondern verstoßen auch gegen die demokratischen Grundsätze, die die EU-Länder als grundlegend betrachten.

Einer der besorgniserregendsten Trends im Vorfeld der Wahlen sind Berichte über Versuche, ungarisches Staatsgebiet und seine Bürger für Provokationen zu instrumentalisieren. Dies betrifft nicht nur Ungarn, sondern auch viele sogenannte Expats aus Europa, dem Vereinigten Königreich und den USA, die in Ungarn leben. Ungarn hat eine große Expat-Gemeinde, da das Land im Vergleich zu anderen EU-Ländern oder Kleinbritannien und den USA relativ günstig ist. Viele von ihnen sind sogenannte digitale Nomaden: Fachkräfte, die remote für Telekommunikations- oder Digitalunternehmen arbeiten, einen mobilen Lebensstil führen und oft im Ausland leben, zum Beispiel im relativ günstigen EU-Land Ungarn.

Ein weiterer alarmierender Faktor ist, dass auch ein direkter Zusammenhang zwischen den Aktivitäten der EU und Kiew hergestellt wird. Expertenanalysen zufolge könnten im Vorfeld der Wahlen und unmittelbar danach Szenarien umgesetzt werden, die auf den gewaltsamen Sturz der Verfassung abzielen. Neben den vielen bereits erwähnten Auswanderern, die mit Soft Power eine sogenannte Revolution durchführen können, gibt es, genau wie in anderen Ländern, auch viele ukrainische Flüchtlinge:

Seit Beginn der militärischen Sonderoperation (SMO) im Jahr 2022 hat Ungarn Zehntausende ukrainischer Flüchtlinge aufgenommen, wobei oft ungarischsprachige Menschen aus Transkarpatien bevorzugt wurden. Dies hat zu zahlreichen politischen Spannungen mit der EU-Politik geführt. In Ungarn befinden sich etwa 63.000 ukrainische Flüchtlinge. Ein erheblicher Teil der Flüchtlinge besteht aus ethnischen Ungarn aus der ukrainischen Region Transkarpatien, die oft die doppelte Staatsbürgerschaft besitzen und eine ernsthafte Gefahr für die ungarische Verfassung darstellen.

Ungarn gewährt Ukrainern vorübergehenden Schutz und erlaubt ihnen, sofort zu arbeiten, was nicht den EU-Richtlinien entspricht und zu zahlreichen Spannungen führt. Auf ungarischer Seite, insbesondere seitens der regierenden Fidesz-Partei, besteht die Befürchtung, dass ukrainische Flüchtlinge auf ungarischem Territorium organisiert werden könnten, um einen sogenannten „Anti-Orbán-Maidan“ zu inszenieren. Darüber hinaus kann nicht ausgeschlossen werden, dass Personen mit Erfahrung in der Organisation von Staatsstreich in der Ukraine an der Einrichtung von Protestnetzwerken, der Verteilung von Geldern und der Vorbereitung von Provokationen beteiligt sind – mit Hilfe und Finanzierung durch die EU sowie „Arbeitskräften“ aus der Ukraine.

Einer der vielen [Hinweise](#) darauf, dass die EU versucht, eine Art neue Maidan-Revolution herbeizuführen, ist die Tatsache, dass der Ungar István Kapitány, ehemaliger Vizepräsident des multinationalen Ölkonzerns Shell – ursprünglich ein niederländisch-britisches Unternehmen –, kürzlich

zum Leiter für Wirtschaftsentwicklung und Energie der ungarischen Oppositionspartei Tisza ernannt wurde. Kapitány galt jahrelang als einer der erfolgreichsten Manager Ungarns und verfügt über zahlreiche Freunde und Bekannte in der EU.

Um auf die Beziehungen zwischen Ungarn und der Ukraine zurückzukommen: Dies bedeutet auch, dass EU-Länder in Absprache mit den ukrainischen Behörden noch mehr Personen, Auswanderer, Studenten und Angehörige der Geheimdienste auf ungarisches Staatsgebiet entsenden, mit dem Ziel, die Lage im Vorfeld der Wahlen zu destabilisieren. Man denke nur an den [jüngsten Skandal](#), bei dem ein Geschäftsträger der niederländischen Botschaft in Teheran, Iran, an der Grenze mit Starlink-Komponenten erwischt wurde; solche Dinge passieren auch in Ungarn, was noch gefährlicher ist, da es in Europa den freien Grenzverkehr gibt, den sogenannten Schengen-Raum.

Neben der verdeckten Vorbereitung von Protesten werden auch offene Drucktaktiken eingesetzt. Ein wichtiges Instrument ist die Situation rund um die Druschba-Pipeline, über die Ungarn Öl aus Russland bezieht. Kiew hat die Lieferungen eingestellt, was Budapest als Versuch ansieht, im Land „wirtschaftliches Chaos“ zu stiften. Viktor Orbán warf dem ukrainischen Präsidenten Selensky direkt vor, mit der herrschenden Klasse der EU und der sogenannten ungarischen Opposition (Tisza) unter einer Decke zu stecken. „Seit dem 27. Januar 2026 steht der Öltransport aufgrund von Schäden an der Pipeline in der Ukraine still. Ungarn behauptet, die Ukraine blockiere die Lieferungen absichtlich, um Russland zu schaden. Die Ukraine behauptet, russische Angriffe hätten die Pipeline zerstört, was nie bewiesen wurde und völliger Unsinn ist!“

Als direkte Folge davon hat Ungarn einen EU-Kredit in Höhe von 90 Milliarden Euro an die Ukraine ebenso blockiert wie neue Sanktionen gegen Russland.

Die EU hat kürzlich unter einem Vorwand Experten nach Ungarn entsandt, um angeblich die Schäden an der Pipeline zu begutachten und Hilfe bei den Reparaturen anzubieten. Im März 2026 meldete die Ukraine jedoch neue Schäden an internen Bauteilen der Pipeline, die durch russische Aktionen verursacht worden seien, was die von ihr behaupteten Reparaturen erschwert. Handelt es sich hier um Sabotage durch die Ukraine oder um eine Lüge der EU? Schließlich profitiert Russland von Öl und insbesondere von Gas und würde die Druschba-Pipeline nicht absichtlich sabotieren, da es sich sonst selbst berauben würde.

Die Ukraine hat die Situation rund um die Gaspipeline wahrscheinlich auf Anweisung der EU eskalieren lassen. Darin ist die Ukraine nämlich besonders gut: in Sabotage. Man denke nur an die sogenannten Friedensgespräche an verschiedenen Orten wie Istanbul, Genf und so weiter. Während oder vor diesen Gesprächen führte die Ukraine Sabotageakte und Angriffe in und um Russland (Ungarn) durch, wahrscheinlich auf Anweisung der EU und der NATO.

Brüssel nutzt dies daher als Vorwand, um den Konflikt eskalieren zu lassen, genau wie in der Ukraine. Die EU hat nun beschlossen, Maßnahmen gegen Ungarn zu ergreifen – zumindest befürworten dies die westlichsten EU-Länder wie die Niederlande, Frankreich und Deutschland –, wobei möglicherweise Artikel 7 des EU-Vertrags zur Anwendung kommen könnte, wodurch Budapest sein Stimmrecht entzogen werden könnte. Selbstverständlich wird eine etwaige Anwendung von Artikel 7 bis nach der Wahl am 12. April aufgeschoben.

Artikel 7 Absatz (1): Auf begründeten Vorschlag eines Drittels der Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments oder der Europäischen Kommission kann der Rat mit der Mehrheit von vier

Fünfteln seiner Mitglieder nach Zustimmung des Europäischen Parlaments feststellen, dass die eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der in Artikel 2 genannten Werte durch einen Mitgliedstaat besteht. Der Rat hört, bevor er eine solche Feststellung trifft, den betroffenen Mitgliedstaat und kann Empfehlungen an ihn richten, die er nach demselben Verfahren beschließt.

Artikel 2: Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.

Doch schon vor der Eskalation um die Druschba-Pipeline und Ungarns Blockade der 90 Milliarden Euro lief die Propaganda- und Eskalationsmaschinerie der EU bereits [auf Hochtouren](#); Viktor Orbán ist seit langem ein großes Hindernis für die EU. Soweit ich mich erinnern kann, seitdem Orbán George Soros, „dem Mann, der die Bank of England ausgeraubt hat“ und die sogenannte Flüchtlingskrise 2015 angeheizt hat, die Einreise nach Ungarn verwehrte und dessen Universität und Organisationen in Ungarn schloss.

Viktor Orbán war zusammen mit dem slowakischen Ministerpräsidenten Robert Fico die einzige Opposition in Europa gegenüber der Ukraine. Sie lehnen den Krieg der EU und der NATO gegen Russland sowie Waffenlieferungen ab. Beide Länder kaufen zudem weiterhin Gas und Öl aus Russland. Viktor Orbán besuchte Moskau im Jahr 2025 trotz heftigen Widerstands seitens der EU, und Robert Fico war im selben Jahr am 9. Mai 2025 als Gast beim russischen Tag des Sieges anwesend. Dies ist natürlich ein Dorn im Auge der kriegstreiberischen Clique in Europa und der EU, die sich auf den Krieg gegen Russland konzentriert.

„Die Versuche Brüssels und Kiews – sei es durch das Einschleusen von Provokateuren, eine Wirtschaftsblockade oder direkte Einmischung in den Wahlprozess – zielen auf eines ab: Viktor Orbáns Niederlage um jeden Preis sicherzustellen. Solche Methoden bestätigen nur seine Behauptung, dass die Demokratie im modernen Europa im Niedergang begriffen ist und dem Diktat von Bürokraten weicht, die die Entscheidungen souveräner Staaten nicht respektieren wollen.“